

**Fernsprech-Anschluß für unser  
Berliner Bureau: Amt IV. Nr. 397.**

1898.

\_\_\_\_\_



geben, so daß neue Anhömlinge keinen Grund und Boden mehr finden, sollen Gärten, Spielplätze, Fabrikanlagen u. s. w. geschaffen werden, so erwerben die Betroffenen durch Kauf die ihnen passenden, an die Concession grenzenden Strecken, die Kaufbriefe werden von den chinesischen und europäischen Behörden bestätigt und in dem betreffenden Consulate aufbewahrt. Das erwerbende Land aber wird in die Fremdenconcession einverleibt. Die Centralregierung in Peking, selbst die Provinzialbehörden brauchen hierzu nicht nothwendigweise ihre Zustimmung zu erteilen; in den meisten Fällen genügt die Bestätigung durch die Ortsbehörden.

Es ist ganz interessant, Einblick zu nehmen in die jährlichen Einnahmen und Ausgaben der verschiedenen europäischen Settlements in China. Für das Jahr 1894 beliefen sich die Einnahmen des größten derselben, Shanghai, auf 504 681 Taels (nach dem gegenwärtigen Werthe etwa anderthalb Millionen Mark), die Ausgaben auf 504 454 Taels. Man sollte meinen, daß eine so große Zahl von Chinesen, wie man sie innerhalb der europäischen Concessionen in China anständig findet, nicht gerade wünschenswerth sei. Inbessenden die Polizeistatistik von Shanghai zeigt im Verhältniß eine geringere Zahl von Verbrechen und Vergehen, als in so mancher gleich großen Stadt Europas oder Amerikas.

Die Einrichtungen der europäischen Republiken haben sich in schwierigen Lagen bewährt und es wäre zu beklagen, wenn etwa einer bureaukratischen Schablone zu Liebe derartige erprobte Einrichtungen beseitigt würden.

Speziell unser Kiaotschau anlangend, kann nur der Wunsch wiederholt werden, daß man sich gründlich in die Geschichte der so überaus erfolgreichen englischen Verwaltung Hongkongs vertiefte und deren Lehren beherzigt. Damit wäre die beste Garantie gegen Mißerfolge gegeben.

## Deutschland.

### Ein Statthalter für Posen?

Eine Berliner Correspondenz brachte kürzlich die Mittheilung, in maßgebenden Kreisen sei in Erwägung gezogen worden, wie früher für die Provinz Pommern, so „in unserer Zeit“ für die Provinz Posen einen königlichen Statthalter zu ernennen, der während eines Theiles des Jahres in der Provinzialhauptstadt residiren würde.

Diese Meldung ist im höchsten Grade unwahrscheinlich. Ein Statthalter wird eingesetzt, um die Stelle des Landesherren in einem bestimmten Bezirke zu vertreten. Daher führt der Beamte, der den Namen des Kaisers und des Reiches in Elsaß-Lothringen vertritt, seit 1879 den Titel „Statthalter“. Bis dahin wurde der höchste Civilbeamte in dem Reichslande Oberpräsident genannt; als man sich aber entschied, die Regierung von Elsaß-Lothringen in größerer Selbstständigkeit von Straßburg aus führen zu lassen, wurde der Statthalter eingesetzt. Was in dem Reichslande, das, wenn es auch nicht den anderen Bundesstaaten gleichberechtigt ist, doch ein selbständiges Staatswesen darstellt, ganz naturgemäß ist, kann in einer Provinz nicht durchgeführt werden.

Einen wirklichen Statthalter, d. h. eine Persönlichkeit, die im Namen des Königs die Verwaltung geführt hätte, hat es auch, wie die „Magd. Ztg.“ hervorhebt, in Pommern nicht gegeben. „Statthalter von Pommern“ war ein Titel, den dem Herkommen gemäß der Kronprinz von Preußen führt. Als 1861 in Folge der Thronbesteigung seines Vaters der damalige Prinz Friedrich Wilhelm Kronprinz wurde, erhielt er seine Ernennung zum Statthalter von Pommern. In dieser Eigenschaft hat der spätere Kaiser Friedrich aber niemals Einfluß auf die Verwaltung der Provinz Pommern ausgeübt und auch niemals den König als Landesherren vertreten; er hat auch seinen dauernden Wohnsitz gar nicht in Pommern gehabt, wie schon die Thatsache beweist, daß, als er commandirender General des 2. Armee-corps wurde, das General-commando von Stettin nach Berlin verlegt worden ist. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird auch der jetzige Kronprinz, wenn er majorenn geworden sein wird, den Titel als Statthalter von Pommern erhalten. Als Titular-Statthalter von Posen könnte man auch nur einen Prinzen ernennen, und dabei könnten nur Prinz Heinrich und Prinz Friedrich Leopold in Frage kommen. Eine solche Ernennung müßte notwendig als Auszeichnung für die Provinz angesehen werden; die Folge würde lediglich sein, daß das Selbstbewußtsein der Polen gewaltig gesteigert werden würde. Ein Statthalter, der nicht bloß den Titel, sondern die Verwaltung zu führen hätte, ist angesichts der Staatsverfassung unmöglich.

\* Berlin, 6. Jan. Aus Anlaß der im Jahre 1889 auf den Befehl des Königs in veränderter Form erfolgten Neuauferlegung der königlichen Arone ist eine Abänderung der in früheren Erlassen enthaltenen Beschreibung der Königskrone im preussischen Wappen notwendig geworden. Der König hat demgemäß bestimmt, daß an Stelle der bisherigen Beschreibung der Königskrone die nachfolgende tritt:

Sie besteht aus einem goldenen, mit dreizehn Diamanten geschmückten Stirnreif. Dieser ist mit fünf, aus je drei größeren und einem kleineren Diamanten gebildeten Blättern und zwischen ihnen mit vier Zinken besetzt, von denen jeder einen Diamanten und darüber eine große Perle trägt. Aus den fünf Blättern geht eine gleiche Anzahl halbkreisförmiger, nach dem Scheitelpunkt zu sich verjüngender und dort vereinigender, mit je zehn Diamanten von abfallender Größe besetzter goldener Bügel hervor. Auf dem Scheitelpunkt ruht ein Reichsapfel. Er besteht aus einem großen Saphir, über dem sich ein mit Diamanten geschmücktes Kreuz erhebt. Die Krone ist mit einer bis an die Bügel reichenden Füllung von Purpurfarnet gefüllt.

Im übrigen verbleibt es, insbesondere was die Dienstregel der Behörden anbelangt, bei den Bestimmungen der früheren Erlasse.

\* [Das Befinden der Kaiserin] hat sich neuerdings erfreulichweise recht gebessert, so daß Aussicht vorhanden ist, die hohe Frau werde an den bevorstehenden Hofgesellschaften Theil nehmen können. Die Kaiserin zieht jetzt wieder wie gewöhnlich mit schlagenden Tambours auf, was eine längere Zeit mit Rücksicht auf das Ankranken der hohen Frau unterblieben war. — Auch Prinzessin Victoria ist wieder ganz wohl. Sie kutschiert munter im Garten des Neuen Palais mit einem allerliebsten Gespann umher, an dem sie ihre helle Freude hat.

\* [Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein] befindet sich zur Zeit nach der überstandenen schweren Krankheit wieder beim besten Wohlbefinden. Er macht täglich Ausfahrten und ge-

denkt demnach auf sein Schloß in Primkenau überzufahren. Heute empfing der Herzog den Besuch seiner Schwester, der Frau Prinzessin Friedrich Leopold.

\* [Ueber die Ermordung der beiden Stenyer Missionare] Henle und Nies in Südschantung veröffentlicht jetzt die „N. V.-Z.“ den Bericht des zeitigen Vorstehers der Mission, Provicar Freinadern, an den Generalsuperior der Gesellschaft. Wir entnehmen diesem Bericht noch folgende interessante Einzelheiten:

Am 31. October besuchten die beiden Missionare P. Henle und P. Stenz, von der Stadt Tsjüeh kommand, die Christengemeinde Tschang-hia-tschuang, vielleicht wohl die schönste Gemeinde von Südschantung. Am 1. November Vormittags traf vom benachbarten Si-hia-tschuang, 27 Li (drei Wegstunden) von Tschang-hia-tschuang entfernt, zum Bezirke Unschang gehörig, Herr Nies ein. Er hatte in Sitja das Allerheiligste gefeiert und wollte in Tschang-hia mit den Herren Henle und Stenz den Allerheiligen feiern. Sie legten sich gegen 10 Uhr zur Ruhe, und zwar schliefen P. Nies und P. Henle in einem (eben fertig gebauten) Hause zusammen, während P. Stenz aus Mangel an einem Bettlager sich im Pfortnerzimmer zur Ruhe legte.

Die Herren mochten eben eingeschlummert sein, als gegen 11 Uhr eine bis auf die Zähne bewaffnete Rote von 20 bis 30 Mann in den Hof hineinstürzte und durch das gewaltig erbrochene Fenster in das Zimmer der beiden Missionare einbrach. In der Zeit von etwa vier Minuten wurde alles, was nicht nagel- und niest war, geplündert, und die beiden räumten bereits in ihrem Blute. Nach weiteren sechs Minuten etwa machte der Tod ihrem gräßlichen Leiden ein Ende. P. Nies hatte dreizehn Stichwunden, P. Henle hatte neun erhalten. Ersterer lag auf seinem Angesichte hingestreckt, letzterer auf dem Rücken liegend ausgestreckt, neben ihnen eine furchtbare Blutlache am Boden. Namentlich sieht das Hemd des armen Herrn Nies aus, als wäre es in Blut getaucht worden. Wir schämen die blutgetränkten Kleidungsstücke als Andenken mit nach Stehl.

Nachdem die Unmenschen dieses ihr mörderisches Handwerk beendet, räumten sie das Zimmer, ranneten im Hofraum umher und riefen: „Wir haben dem Langbarte (P. Stenz) noch nicht den Sarg gemacht. Wo ist der Langbart?“ Der arme P. Stenz lag in seinem Zimmerchen an der Pforte. Sein Leben hing also an einem Faden. Die Unholde fanden ihn nicht und jogen ab.

Raum hatten sie den Hof geräumt, als P. Stenz aus seinem Versteck hervorkam, um nach den beiden Mitbrüdern zu sehen. P. Henle war noch bei Bewußtsein, erhielt rasch die Absolution und die letzte Delung und war dann todt. P. Nies gab kein Lebenszeichen mehr. Vom Ueberfalle bis zum Tode der beiden Missionare mögen zehn Minuten oder eine Viertelstunde verstrichen sein.

Nach dieser Nacht brachte ein Boie die schreckliche Nachricht nach Tjing, und ich eilte mit Herrn Bistermann sogleich nach Tschang-hia-tschuang, besichtigte die schaurige Scene und besuchte rasch den Mandarin. Dann telegraphirte ich an den deutschen Gesandten und nach Stehl, ordnete darauf den Ankauf zweier Särge, die Fortschaffung der beiden Leichen nach Tschia-tschuang an, wo am 16. November die feierliche Beerdigung stattfand.

\* [Das Urtheil im Prozeß Tausch] hat weithin Aufschütteln verursacht. So sagt das „Berl. Tagbl.“: „Eigenthümlich berührt es allerdings den Laienverstand, daß ein Beamter, der sich der Achtung, des Ansehens und des Vertrauens, die sein Beruf erfordert, unwürdig (I) gezeigt hat und darum aus seinem Amte zu entlassen ist, in ein anderes Amt mit gleichem Range versetzt wird. Erfordert denn dieses andere Amt nicht dieselbe Würdigkeit?“ In der That scheint Herr v. Tausch hier selbst anderer Meinung zu sein als seine Richter. Obwohl gegen das Urtheil sowohl dem Angeklagten wie dem Staatsanwalt die Berufung an das Staatsministerium justiz, beabsichtigt Herr v. Tausch, wie das genannte Blatt hört, sich bei dem Spruche zu beruhigen. Man glaubt aber, daß er die Vernehmung nicht abwarten, sondern bald mit seinen Abficht einkommen wird. In diesem Falle würde er mit Pension in den Ruhestand treten.

\* [Ein allgemeiner Congreß der Reimer Deutschlands] soll zum Februar einberufen werden, um über die gezielte Regelung der Arbeits- und Ruhezeit, die Lehrlingsfrage, die Arbeitsvermittlung und die Schlichtungsfrage zu beraten und Beschlüsse zu fassen.

\* [Notizung der Getreidepreise.] Der Vorstand der brandenburgischen Landwirtschaftskammer hat an die Minister des Innern und der Landwirtschaft das Ersuchen gerichtet, den Erlaß vom 27. September 1893 über die Notizung der Getreidepreise dahin abzuändern, daß die Feststellung nicht nach der Eintheilung in „gut — mittel — gering“, sondern nur in zwei Qualitäten „gut — mittel“ erfolge.

\* [Die Selbstblaspistole.] Mit der Selbstblaspistole, vor deren Einführung alle Staaten gegenwärtig stehen, hat der bekannte Arztes Chirurg Prof. v. Bruns in Tübingen jetzt zuerst methodische Schießversuche angestellt, über deren Ergebnisse er in den „Beiträgen zur klinischen Chirurgie“ berichtet. Die Versuche wurden auf Tannenholz, auf Eisenplatte, auf ein lebendes Pferd sowie auf menschliche Leichentheile angestellt, und zwar auf 10, 20, 50, 100, 200 und 300 Meter Entfernung. Zunächst konnte hierbei festgestellt werden, daß zwischen den Schußwirkungen am todtten und lebenden Material ein wesentlicher Unterschied kaum nachzuweisen ist. Die Haupt-Ein- und Auswurföffnung ist 5 bis 7 Millimeter groß und nimmt mit zunehmender Entfernung ab, der Auswurf ist in der Regel etwas größer als der Einschlag. Die Wirkung des Geschosses auf die langen Röhrenknochen war genau entsprechend der des Infanteriegewehres M. 88 von 1000 bis 2000 Meter. Der Knochen war stets zersplittert, das Geschöß blieb nie stehen. Die Einschlagstrecke bildete stets einen glatten Kanal ohne Zerkümmungshöhle vor dem Knochen und ohne eingeprengte Knochenpartikel. Bei Schädelschüssen war in 10 Metern noch Sprengwirkung vorhanden, d. h. Splitterung des Schädelknochens, wie bei 1000 Meter mit dem Infanteriegewehr, nahm aber dann ab bis auf 50 Meter. Was die Durchschlagskraft anbelangt, so durchschlug das Geschöß auf 10 und 50 Meter zweimal den Rumpf und blieb erst im dritten Stecken; es durchbohrte Tannenholz in 32 Centimeter Dicke sowie drei Eisenplatten von 2 Millimeter Dicke. Das Gesamtergebnis seiner Versuche faßt Prof. v. Bruns dahin zusammen, daß, wie der Armeecorps-

eine ganz unsichere, geradezu zeitwidrige Kriegswaffe sei, der Selbstblader sich als eine über alles Erwartung leistungsfähige Präzisionswaffe von großer Treffsicherheit und gewaltiger Durchschlagskraft erweise.

Meimar, 5. Jan. Der Weimarer Bezirksauschuß hatte die Bürgermeistereiwahl in Gubernsdorf für ungültig erklärt, weil der Gewählte, der als Socialdemokrat bekannt ist, die nötige Bildung nicht besitze und auch nicht die erforderliche Achtung genieße. Die hiergegen erhobene Beschwerde hat jetzt das Staatsministerium zurückgewiesen mit dem ausdrücklichen Hinweis darauf, daß dies aus den beiden angeführten Gründen geschehen müsse, obgleich im übrigen die Zugehörigkeit zur socialdemokratischen Partei keine Unfähigkeit zur Bezeichnung des Bürgermeistersamtes begründen könne.

### Coloniales.

Berlin, 6. Jan. (Tel.) Der „Nordd. Allg. Ztg.“ zufolge ist nach weiteren Nachrichten aus Deutsch-Südwestafrika bei dem Gefecht, welches am 5. Dez. zwischen einer Abtheilung der Schutztruppe unter Hauptmann v. Effors und den Hottentotten stattgefunden hat, ein Ketter der Schutztruppe gefallen und einer leicht verwundet worden. Effors ist selbst zweimal leicht verwundet, aber dienstfähig geblieben.

### Von der Marine.

Riel, 5. Jan. Am ersten Werktag dieses Jahres ist auf der Germania-Werft mit dem Riel-legen für den Bau des Panzerschiffes erster Klasse „Erfah König Wilhelm“ begonnen worden. Der neue Panzer wird derselben Klasse angehören, wie die beiden im Bau begriffenen Panzerschiffe „Kaiser Friedrich III.“ und „Kaiser Wilhelm II.“ und auch nach denselben Plänen gebaut werden. Die Germania-Werft ist verpflichtet, das mächtige Schiff, welches ein Displacement von 11 081 Tonnen und Maschinen von 13 000 Pferdekraften erhält, in 34 Monaten fertigzustellen, so daß die Probefahrten noch am Ende des Jahres 1901 stattfinden können. Die Kosten des Baues sind auf 14 120 000 Mk. berechnet, wozu später noch die Armierungskosten kommen.

\* [Die Organisation einer Minenversuchs-Commission] ist durch Cabinetsordre vom 3. d. Mts. befohlen worden, die der Marinene-Depot-Inspection unterstellt ist. Die Commission bezieht sich zu ihren Versuchen auf dem Gebiet des Minenwesens des armliten Transportdampfers „Pelikan“.

## Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

### Das deutsch-chinesische Abkommen.

Berlin, 6. Jan. Die offizielle „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: „Der Hauptinhalt des chinesischen Abkommens verbreitet volle Klarheit über die von aller Gewaltthatigkeit freien Ziele der deutschen Politik in Ostasien. Nicht nach der Weise eines Eroberers sucht Deutschland in das chinesische Gebiet einzudringen, sondern als friedlicher Mitarbeiter an der gedeihlichen Entwicklung der Zustände wird es von seiner Befugniß Gebrauch machen, welche ihm die chinesische Regierung im Geiste weisen Entgegenkommens einräumen wollte. Wie alle überseeischen Unternehmungen des deutschen Reiches unterordnet sich auch unser ferneres Wirken in Ostasien der Mäßigkeit, deren Wahlspruch „Niemand zu Leide“ lautet. Es handelt sich um die ungestörte Ausübung vertragsmäßiger Rechte, wofür wir die Achtung fordern, die wir selber den fremden Rechten entgegenbringen. Wenn der Staatssecretär v. Bülow am 6. Debr. vor dem Reichstage die Hoffnung aussprach, daß die damals noch bestehenden Schwierigkeiten für ein freundschaftliches Einvernehmen mit den chinesischen Staatsmännern gelöst werden würden, kann diese Erwartung nunmehr als erfüllt betrachtet werden, ohne Schädigung unseres Verhältnisses zu China, vielmehr mit Aussicht auf Stärkung und Befestigung unserer bisherigen guten Beziehungen. Wir haben den Schutz unserer christlichen Missionstätigkeit in der Provinz Schantung auf eine bessere Grundlage gestellt und daneben einen territorialen Stützpunkt, welcher der Pflege unserer Handelsinteressen und der Betriedigung unserer wirtschaftlichen Bedürfnisse zu gute kommen soll, gewonnen. In dem weiten Gebietsfeld Ostasiens ist uns gesichert, worauf wir ohne Selbstüberhebung Anspruch machen, ohne Selbstunterwerfung nicht verzichten dürften, „ein Platz an der Sonne“. Mögen alle, die berufen sind, in jenen fernen Gebieten zu wirken, sich mit anspruchsvoller Pflichttreue in den Dienst der Cultur aufgabe stellen, die im stillen Arbeit zur Ehre des deutschen Namens, auch zum Wohle Chinas gelöst werden soll.“

„Die Entwicklung der Dinge in Ostasien nimmt fortwährend einen ruhigeren Charakter an. Dazu hat die Abmachung zwischen Deutschland und China nur unwesentlich beitragen können, denn die Spannung in Ostasien war ja auch nicht durch diese Angelegenheit hervorgerufen. Ein ernsthafter Grund zu Besorgnissen konnte nur in dem starken Hervortreten des politischen Interessengegenges zwischen England und Rußland gefunden werden. Hinter dem politischen Gegenstand zeigt sich aber jetzt ein wirtschaftlicher, über den sich ohne allzu große Mühe eine Verständigung ermöglichen lassen dürfte. Es liegt kein Grund vor, warum bezüglich der chinesischen Anleihe ein Staat mit Ausschluß der anderen sich der Regelung der Angelegenheit annehmen sollte. Die besondere Erwägung der Umstände rath, sich über eine gemeinsame Action in dieser Richtung zu verständigen.“

London, 6. Jan. Die „Times“ schreibt: „Wir dürfen annehmen, daß Deutschland die Verpachtung von Kiaotschau, was alle praktischen Zwecke anlangt, als eine endgültige Abtretung in volle Souveränität betrachtet und daß die chinesischen Behörden im Grunde ihres Herzens derselben Meinung sind. Wie man aus Peking erfahren hat, hat Deutschland Kiaotschau auf fünfzig Jahre gepachtet.“

Der „Daily-Telegraph“ und der „Standard“ besprechen das deutsch-chinesische Abkommen abfällig. Der „Standard“ hofft, der Premierminister Lord Salisbury werde ohne Zeitverlust in Peking und Berlin erklären lassen, England habe ein beträchtliches Interesse an dem Abkommen und werde in Kiaotschau handeln, wie es in Port Arthur gehandelt habe.

Die „Daily News“ wollen erfahren haben, daß zwischen den Mächten Verhandlungen schweben, China in Interessensphären zu theilen.

Berlin, 6. Jan. Das preussische Staatsministerium ist heute Nachmittag zu einer Sitzung unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Fürsten Hohenlohe zusammengetreten.

— Anlaßlich des 80. Geburtstages des Königs von Dänemark wird im April das Zarenpaar mit dem Kaiser Wilhelm in Kopenhagen zum Jammentreffen.

— Nach einer Meldung Amsterdamer Blätter hat anlaßlich der bevorstehenden Krönung der Königin von Holland die deutsche Gesandtschaft ein großes Palais zum Preise von 16 000 Gulden gemietet. Man glaubt daraus schließen zu dürfen, daß Kaiser Wilhelm der Krönungsfeier beizuwohnen gedenke.

— Nach einer Meldung der „Berl. Pol. Nachr.“ soll mit der Reorganisation der Berliner Criminalpolizei im nächsten Jahre der Anfang gemacht werden.

— In Godesen der Abschaffung der Bucherprämien wird den „Berl. Pol. Nachr.“ zufolge seit mehreren Wochen auf die Entschlüssen Belgiens gewartet.

— Der neu ernannte chinesische Gesandte Kihathuan ist heute in Berlin eingetroffen.

Hamburg, 6. Jan. Nach einer Meldung der „Hamburg. Börsenhalle“ hat die Hamburg-Amerika-Linie mit der Werft Blohm u. Voß einen Abbruch gemacht, wie er in solchem Umfange bisher dem Hamburgischen Schiffbau kaum zu Theil geworden ist. Die Hamburg-Amerika-Linie bestellte ein Schiff in der Größe der „Pretoria“, mit erheblich vergrößerten Einrichtungen für die Beförderung von Passagieren erster Klasse, ferner übertrug die Gesellschaft der Werft den Bau zweier Dampfer, welche je 500 Fuß lang, 60 Fuß breit und 40 Fuß tief sind. Die Schiffe erhalten eine vorzügliche Einrichtung und werden mit Rücksicht auf besondere Erfordernisse für die ostasiatische Fahrt konstruirt. Mit diesen neuen Aufträgen hat genannte Werft für die Hamburg-Amerika-Linie nicht weniger als sieben große transatlantische Dampfer zu bauen.

## Danzig, 7. Januar.

\* [Aus der städtischen Verwaltung.] Aus dem Jahresbericht des Vorstehenden der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung Herrn Steffens haben wir im Anschluß an die Mittheilungen in der gestrigen Abendausgabe noch folgende Sätze hervor, die bei dem gestrigen Auszuge aus Raummangel zurückgestellt werden mußten:

Die Entwicklung des Schiffs- und Viehhofes ist auch im Jahre 1897 eine zufriedenstellende gewesen. Die des Letzteren war zwar langsam, immerhin hat sich aber schon ein recht lebhafter Verkehr, namentlich in Schweinen entwickelt. Die Hoffnung auf einen Export in größerem Umfange hat sich, trotzdem, daß wir von der Bildung von Fettweingewerkschaften in der Nachbarkreisen eine Belebung erwarteten, noch nicht erfüllt und es bleibt zu hoffen, daß der Bau von Kleinbahnen, namentlich in den städtischen Gegenden der Nehrung und der Werber, zur Bildung eines Exportmarktes und weiterer Veranlassung geben wird. Der Schlachthof dagegen hat eine über Erwartung günstige Entwicklung genommen, welche uns gezwungen hat, zur Erweiterung der Kleinvieh-Schlachthallen 53 400 Mh. aus den Reserve-Beständen der Schlachthof-Kasse zu bewilligen. Der Verkehr in der Markthalle, welche seit dem 3. August 1896 im Betriebe ist, entspricht noch nicht den auf sie gehegten Erwartungen. Wenn auch das kaufende Publikum dieselbe allmählich mit günstigeren Blicken ansieht, so wollen die Verkäufer sich doch ungerne von ihren alten, lieb gewordenen Plätzen trennen. Die Verpachtung der Markthallengebäude — Erhebung auf den offenen Märkten — Fischmarkt, Canggarten und Niederplatz, Heumarkt, Neufahrwasser und Canggasse — pro 1. October 1897/98 hat denn auch fast bösartige Resultate wie im vorigen Jahre, sogar ein Plus von 1150 Mh., nämlich 17 929 Mark gegen 16 775 Mh. ergeben.

Die Ausschmückung des Stadteroberden-Saales ist nunmehr durch die Aufstellung der Büste des verstorbenen Oberbürgermeisters Herrn v. Winter vollendet, auch sind neue Gieße mit Tischen aufgestellt worden. Zum Umbau des städtischen Gymnasiums haben wir 75 000 Mh. bewilligt, ebenso 14 000 Mh. zur Erweiterung der katholischen Schule in Altschottland, zur Erweiterung der katholischen Schule in Altschottland, und ferner 19 400 Mh. zur Ueberführung der Bäche vor dem Schulgrundstück in Schidit, und zur Bohrung von drei Stadthbrunnen in St. Albrecht 2250 Mh.

Die elektrische Bahn sowohl in der Stadt als auch auf den Außenlinien macht erfreuliche Fortschritte, so daß der Verkehr auf einer Strecke bereits hat vergrößert werden müssen und andere Strecken, wie namentlich die Langfuhrer Linie, bald werden folgen müssen. Eine Weiterführung der Sadgasse „Hinter dem Coarath“ nach der hiesigen Werft und Neufahrwasser durch die Festungswerke soll zu einer Eisenbahnverbindung nach der Werft und dem Mollath-See und zur Anlage einer neuen elektrischen Bahn dienen, zur Anlage der Stadt von der heiligen Gasse und über welche die Stadt von der heiligen Gasse und über welche die Dämme, den Altschottischen Graben, Heumarkt, Pfefferkloß, Jacobsthor mit den Eisenbahnen an der Legan, Neufahrwasser und Bächen verbindet. Ein weiteres und für die Stadt höchwichtiges Project, welches schon Jahre lang zwischen dem Vorsteheramt der Kaufmannschaft und den Staatsbehörden verhandelt worden ist, von welchem wir eine Belebung des Handels erhoffen, nämlich das Project der Errichtung eines Freizeitzirks am Hafen-Bassin und einer Verbindungsbahn zwischen dem Weichselbahnhof und dem



Verantwortlich für den politischen Theil, Beilagen und Verm.  
Dr. B. Herrmann, — den schalen und provinziellen, Handels-, W.  
Theil und den übrigen redactionellen Inhalt, sowie den Anzeiger  
A. Klein, beide in Danzig.



